

KOMMENTARE

# Respekt für Kandidierende

Die Kommunalwahl im Juni verdient unser aller Interesse



Von Dieter Klink

Die Ampel-Parteien sehen Europawahl und Kommunalwahlen am 9. Juni mit bangem Blick entgegen. Sie befürchten eine Quittung für ihre Performance in Berlin. SPD, Grüne und FDP können höchstens darauf hoffen, dass die Parteienzugehörigkeit bei der Wahl für Stadt- und Gemeinderäte nicht so von Bedeutung ist.

Das Institut für Demoskopie Allensbach listet in seinem Baden-Württemberg-Check die Themen auf, die die Menschen interessieren: Wohnen, Ärztesversorgung, Flüchtlingssituation und Infrastruktur in allen Facetten, also kaputte Straßen, kaputte Schulen, mangelhafter öffentlicher Personennahverkehr. Nicht für all diese Wünsche sind Städte, Gemeinden und Landkreise zuständig. Aber wo sie Abhilfe schaffen können, sollten sie das tun.

Das Image der Kommunalpolitik ist laut der Umfrage grundsätzlich gut. Allerdings ändert sich das Bild, je näher man hinschaut. Viele Befragte sind mit ihren Kommunalpolitikerinnen und -politikern unzufrieden. Nur eine Minderheit kann sich aber vorstellen, selbst zu kandidieren.

Meckern, aber nicht bereit sein zum eigenen Engagement: Das ist eine verbreitete Haltung. Konsequenz ist sie nicht. Ja, es gibt viele Gründe, nicht selbst antreten zu wollen. Hass und Angriffe auf Kommunalpolitiker zum Beispiel. Oder fehlende Zeit. Oder keine Lust. Umso mehr sollte man aber diejenigen, die sich auf kommunaler Ebene engagieren, Respekt bekunden. Laut der Umfrage kritisieren viele, dass im Kommunalparlament Wichtigerer sitzen oder jene, die vor allem ihre eigenen Interessen verfolgen. Das wird den allermeisten Kandidatinnen und Kandidaten

nicht gerecht. Es zeigt aber: Misstrauen gegenüber der Politik ist nicht nur ein Fall für die Ebenen in Stuttgart, Berlin und Brüssel, sondern auch vor Ort in Bruchsal, Bretten oder Bruchhausen.

Sich für das lokale Geschehen zu interessieren, ist die Minimalvoraussetzung für eine lebendige Demokratie. Städte und Gemeinde sind das Fundament unseres Staatsaufbaus. Hier, vor Ort, wird konkret Politik gemacht, wird über Feuerwehr, Schulhaus und Schwimmbad entschieden. Die Wahl ist vielerorts ein Hochfest der Demokratie: Durch das Gewicht der Stimmen und Hinzufügen von Kandidatinnen und Kandidaten anderer Listen kann man sich selbst das Gremium nach seinen Wünschen zusammenstellen. Wenn auf dieser Ebene Misstrauen und Frust vorherrschen, wenn sich auch hier der Eindruck festsetzt, „die da oben“ machten ohnehin, was sie wollten, stünde es um unsere Demokratie schlecht. Wahlkampf bedeutet Ringen um Ideen, Werben um Zustimmung. Er lebt vom Interesse der Regierten. In diesem Sinne soll der Wettbewerb um die Rathäuser beginnen. ■ Südwestecho



ZAHLE DES TAGES

50.000

US-Dollar bekommen Leichtathleten bei den Olympischen Spielen in Paris für den Sieg.

ZITAT DES TAGES

Ich bin überzeugt von diesem Duell, da gibt es keine Zweifel.

Jan Philipp Burgard Welt-Chefredakteur zum TV-Duell zwischen Voigt und Höcke.

KALENDERBLATT

11. April 1689: William III. und seine Frau Mary II. werden in London gemeinsam zu König und Königin von England, Schottland und Irland gekrönt. Sie regieren das Königreich gleichberechtigt. (dpa)

## Zu kurz gedacht

Überstunden werden keine Probleme der Wirtschaft lösen

Von Jacqueline Westermann

Überstunden leisten für mehr Wohlstand im Land – ist das das Ziel des FDP-Vorschlags für steuerfreie Mehrarbeit? Es mag für einige verlockend klingen, doch durchdacht scheint die Idee nicht. Und das aus zahlreichen Gründen: Dass ausgerechnet mit der FDP die Bürokratieabbau-Verfechter potenziell mehr Papierkram produzieren, ist dann doch überraschend. Denn das Auseinanderklammern der Gehälter in normal zu versteuernden Lohn und steuerfreie Vergütung für Überstunden dürfte gerade kleine Betriebe belasten. Und was bedeutet das für alle, die eine Vertrauensarbeitszeit vereinbart haben? Oder für die, die statt ausbezahlten Überstunden nur Freizeitgleich angeboten bekommen. Braucht es dann künftig einen Rechtsanspruch auf steuerfreie Überstunden?

Dann ist da noch die Gruppe, die – sogar ohne Steueranreize – schon jetzt eigentlich mehr arbeiten will, es aber aufgrund von Betreuungs- und Pflegeaufgaben nicht kann. Dieses strukturelle Problem wird sich nicht mit Steueranreizen lösen.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Studien zeigen immer wieder, dass mehr gearbeitete Stunden pro Tag nicht zu einer höheren Produktivität, ergo mehr Wohlstand fürs Land, führen, sondern zu mehr Arbeitsunfällen und Fehlern.

Wer den Wohlstand halten oder steigern will, der sollte, statt Lust auf Überstunden zu machen, vielleicht endlich dafür sorgen, dass Erwerbspotenziale ausgeschöpft, Vorteile von Automatisierung und KI genutzt werden und Arbeit generell gut bezahlt wird – und nicht nur Mehrarbeit in Form von Überstunden.

## Wenig Konkretes

Das Straßburger Klima-Urteil und seine Folgen

Von Igor Steinele

Welchen Einfluss hätte es auf das Klima, wenn die Schweiz ab sofort keine Treibhausgase mehr ausstößt? Selbstverständlich keinen. Insofern lässt das Urteil des Straßburger Gerichtshofs, der Klimaschutz zum Menschenrecht erklärt hat, etwas ratlos zurück.

Denn ohne Frage müssen Regierungen ihren Verpflichtungen nachkommen, die Emissionen ihrer Länder zu reduzieren. Aber ein Nationalstaat allein oder auch ein Bündnis wie die EU kann seine Bürger nicht vor den Folgen des Klimawandels schützen, indem er ihn aus eigener Kraft begrenzt. Was er tun kann, ist, einen fairen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung zu leisten. Hier ist die EU insgesamt auf einem passablen Weg, auch wenn die ehrgeizigen Reduktionsziele bis 2030 wahrscheinlich nicht erreicht werden – anders als in Deutschland, wo sie vor allem wegen des schwachen Wirtschaftswachstums in Reichweite liegen.

Die Ambitionen der anderen großen Emittenten hingegen – USA, China, Indien – reichen bei weitem nicht an die der EU heran. Wollen die europäischen Länder dem Straßburger Urteil folgen, müssten sie daher eigentlich ihre diplomatischen Bemühungen intensivieren, mit anderen großen Staaten verbindliche Vereinbarungen im Sinne eines Klimaclubs zu treffen.

Wollen die Schweizer Klima-Seniorinnen daher schnellen Schutz gegen die in den kommenden Jahrzehnten unvermeidlich steigenden Temperaturen, müssten sie vor allem mehr Anpassung einfordern: Mehr Grün und schattenspendende Bäume in der Stadt und mehr Klimaanlage. Doch davon ist merkwürdigerweise kaum die Rede.

ANALYSE DES TAGES

# Auf dem Wohnungsmarkt gibt es trotz Problemen noch Hoffnung

Die Politik hat erste Schritte zur Entspannung eingeleitet – doch das reicht noch nicht

Die Ankündigung der Baubranche-Experten zum Wohnungsbau könnte kaum düsterer sein. „Über 800.000 Wohnungen fehlen. Der Wohnungsmarkt ist am Ende. Der Neubau ist eingebrochen. Der Wohnungsbau steckt tief in der Krise“, teatern die Experten ihr Treffen mit Spitzenpolitikern wie Vize-Kanzler Robert Habeck (Grüne) und Bauministerin Klara Geywitz (SPD) an diesem Donnerstag an. Häufig sind solche dramatischen Ankündigungen, zumal wenn sie von Verbänden kommen, mit Vorsicht zu genießen. Doch in Bezug auf den Bausektor stimmen sie. Die Lage am Wohnungsmarkt ist katastrophal und von den von Kanzler Olaf Scholz angekündigten 400.000 Wohnungen pro Jahr ist weit und breit nichts zu sehen. Ist alle Hoffnung verloren?

Für Ministerin Geywitz jedenfalls nicht. Und damit liegt sie nicht falsch. So sind die Zinsen für Baufinanzierungen zuletzt gesunken. Die Preise für Baumaterialien haben sich weitgehend normalisiert. Hinzu kommen gute Tarifabschlüsse, was dazu führt, dass ein Teil der Bürger künftig



Von Dorothee Torebko

mehr Geld in der Tasche haben wird. Dadurch könnte sich die Auftragslage am Bau deutlich verbessern. Außerdem finanziert die Bundesregierung jungen Familien den Kauf von Häusern, fördert den Umbau von Gewerbeflächen zu Wohnraum, investiert eine Rekordsumme in den sozialen Wohnungsbau, will die Digitalisierung der Bauämter vorantreiben und mittels Abbau von Bürokratie schneller Wohnraum schaffen.

Aber: So einleuchtend die Pläne zum schnelleren Bauen sind, so schleppend

kommen sie voran. In einigen Ländern gibt es zwar Pilotprojekte, auf einige der unzähligen Normen zu verzichten und den Hausbau damit günstiger zu machen. Doch eine gesetzliche Grundlage fehlt bis heute. Die ist nötig, damit es nicht zu Klagewellen kommt. FDP-Justizminister Marco Buschmann ist dafür zuständig und hat in dieser Woche immerhin signalisiert, dass er vorankommen will. Auch bei der Mietpreisbremse soll es vorangehen. Monatelang blockierten sich SPD und FDP hier gegenseitig. Nun wurde eine Einigung gefunden – endlich.

Auch die Länder können mehr machen, sie sollten mehr machen. Eine unbürokratische Maßnahme, mehr Bürgern den Kauf von Häusern zu ermöglichen, wäre der vorübergehende Verzicht auf die Grunderwerbssteuer. Diese liegt in einigen Ländern bei 6,5 Prozent und macht einen großen Teil der Nebenkosten beim Häuserwerb aus. Statt sie abzubauen, haben einige Länder sie im Zuge knapper Kassen sogar noch erhöht. Für viele Menschen ist auch deshalb der Immobilienerwerb unmöglich. ■ Seite 6

PERSON DES TAGES

## „Mich hat der ESC schon als Kind fasziniert“

Die Nachfolge von ESC-Urgestein Peter Urban steht fest: Radiomoderator Thorsten Schorn wird im Mai den Eurovision Song Contest (ESC) für die ARD kommentieren. Er werde das deutsche Publikum sowohl durch die beiden ESC-Halbfinals am 7. und 9. Mai als auch durch das große Finale am 11. Mai begleiten, teilte der Norddeutsche Rundfunk (NDR) in dieser Woche in Hamburg mit. Dabei sitze er – wie üblich – am Ort des Geschehens, in diesem Jahr also im schwedischen Malmö, wo die Künstler auf der Bühne stehen werden.

Schorn, Jahrgang 1976, kennt man als Reporter bei den Fernsehsendungen „stern TV“ (RTL) und „Zimmer frei!“ (WDR). Zudem dürfte vielen die Stimme des gebürtigen Kölners vertraut sein: Er moderiert beim Radiosender WDR 2 und kommentiert aus dem Off die Vox-Styling-Show „Shopping Queen“ mit Guido Maria Kretschmer. ESC-Urgestein Peter Urban hatte nach 25 Einsätzen als Kommentator des internationalen Gesangswettbewerbes aufgehört.

Schorn freut sich nun auf die neue Herausforderung: „Mich hat der ESC schon als Kind fasziniert. Als Deutschland 1982

mit ‚Ein bisschen Frieden‘ gewonnen hat, war ich sechs und habe mich gefreut, als wären wir Fußball-Weltmeister geworden“, sagte der Radiomann laut Mitteil-

lung. Es sei ihm eine große Ehre und Freude, die Nachfolge von Peter Urban als ESC-Kommentator anzutreten, betonte er weiter.

Schorn werde das Publikum mit seiner ESC-Expertise, seiner Leidenschaft, seiner Spontanität, seinem Witz und nicht zuletzt natürlich auch mit seiner sehr markanten Stimme begeistern, sagte Andreas Gerling, Chef des ARD-Teams für den ESC beim NDR.

Schorn war 2015 beim Deutschen Radiopreis als bester Moderator ausgezeichnet worden und erhielt 2020 gemeinsam mit Thomas Gottschalk, Günther Jauch und Barbara Schöneberg den Deutschen Fernsehpreis für seine Leistung als Spielleiter der RTL-Show „Denn sie wissen nicht, was passiert“.

Schweden ist zum siebten Mal Gastgeberland des internationalen Musikwettbewerbs. Im vergangenen Jahr hatte die schwedische Sängerin Loreen (40) mit ihrem Song „Tattoo“ den Song Contest gewonnen. Deutschland geht in diesem Jahr mit dem Popsong „Always On The Run“ des Musikers Isaak (28) aus Ostwestfalen an den Start und hofft auf zahlreiche Punkte. Christiane Bosch



Thorsten Schorn Der Moderator wird im Mai den Eurovision Song Contest (ESC) für die ARD aus dem schwedischen Malmö kommentieren. Foto: C. Charisius/dpa



Druck und Verlag: Badische Neueste Nachrichten Badendruck GmbH Linkenheimer Landstraße 133, 76149 Karlsruhe



Verleger, Herausgeber und Chefredakteur: Klaus Michael Baur

Stellvertretende Chefredakteure: Rainer Haendle, Lars Geipel Leitende Redakteure: Tobias Roth (Themen), Holger Siebnich (Lokales), Rebecca Ditt (Online)

Verantwortlich im Sinne des Landespressgesetzes sind folgende Redakteure: Politik, Südwestecho, Wirtschaft, Kultur und Sport: Mario Beltschak; Karlsruhe, Ettlingen, Pforzheim, Bruchsal, Bretten und Hardt: Anne Weiss; Rastatt, Baden-Baden, Gaggenau, Bühl und Achern: Peter J. Funk; Weitere leitende Redakteure: Pascal Schütt, Alexei Makartsev (Autorenteam), Martin Ferber, Daniel Streib (Politik); Sibylle Kranich (Südwestecho); Dirk Neubauer (Wirtschaft); Andreas Jüttner (Kultur); René Dankert, Frank Ketterer (Sport); Moritz Hirt (Lokalsport); Florian Konrad (Sport Mittelbaden); Frank Seyen (Sport Pforzheim); Stefan Proetel, Tina Givoni, Wolfgang Voigt (Karlsruhe); Florian Krekel, Rainer Obert (Ettlingen); Frank Löhnig (Achern);

Wilfried Lienhard, Ulrich Coenen (Bühl); Harald Holzmann, Sarah Reith, Michael Rudolphi (Baden-Baden); Thomas Senger, Swantje Huse, Stephan Juch (Gaggenau); Egbert Mauderer, Daniel Melcher (Rastatt); Dominic Körner (Hardt); René Ronge (Pforzheim); Christina Zäpfel (Bruchsal); Christof Bindschädel (Bretten); Annette Borchardt-Wenzel (Magazin und Gesellschaft, Fischer und Reise); Dennis Schmidt (kom. Sonderveröffentlichungen); Michael Schorpp (Personal und Technik); Marc Dietz, Kathrin Hurst (Technik und Gestaltung); Theo Westermann (Stuttgart); Guido Bohsem (Neue Berliner Redaktionsgesellschaft). Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird von uns keine Gewähr übernommen.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Ulf Spannagel, Stefan Hörig, Aufnahme von Anzeigen nur zu den Bedingungen der jeweils gültigen Anzeigen-Preisliste und den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verlags. Abbestellungen eines Abonnements (gedruckte Ausgabe) können in Textform mit der Frist von einem Monat angenommen werden. Ist eine Mindestbezugsdauer vereinbart, ist die Kündigung erst nach Ablauf der

Mindestbezugsdauer möglich. Sollte die Zeitung wegen höherer Gewalt oder Störung des Arbeitsfriedens nicht erscheinen, besteht kein Anspruch auf Rückerstattung des Bezugsbetrags. Wir weisen darauf hin, dass Vertragsdaten in einer Datenverarbeitungsanlage gespeichert werden, gemäß den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen auch über den Zeitpunkt der Vertragserfüllung hinaus.